

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

3.1.1924 (No. 2)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr: 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind dreizehn an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abnahme von Anzeigen, zwangsweiser Verteilung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Jahresauftakt

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, hat zum Jahresbeginn eine Botschaft erlassen, die politisch nur einen für uns bedeutsamen Satz enthält, nämlich den, daß man nunmehr auch in Amerika wieder mit dem Erscheinen der deutschen Kohle und des deutschen Stahls auf dem Weltmarkt rechnen müsse. Genau so, wie in England, wird also auch in Amerika bereits das winzigste Anzeichen einer Besserung der deutschen Wirtschaftslage mit der Sorge des Konkurrenten betrachtet. Wir erkennen daraus so recht, wie schwierig eine deutsche Außenpolitik auch den Mächten gegenüber ist, die nicht den Wunsch hegen, Deutschland zu vernichten.

Zwischen Scylla und Charybdis schwankt demnach unser Staatsschiff dahin. Wird es nicht von der Vernichtungspolitik der Franzosen verschlungen, so droht ihm ein anderes Verhängnis, nämlich das Verhängnis einer künstlichen Darniederhaltung durch den Konkurrenzneid der angelsächsischen Mächte. Wir sollen die Reparationen bezahlen und können dies nur, wenn wir wirtschaftlich wieder florieren. Eine wirtschaftliche Blüte aber ist undenkbar ohne Export, d. h. ohne den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den anderen. Vor diesem Wettbewerb fürchten sich die anderen. Wird diese Furcht beherrschender Faktor ihrer Politik, so gibt es für uns keine Aussicht auf ein Exportgeschäft großen Stils und damit auch keine Aussicht auf Bezahlung der Reparationen. Der circulus vitiosus wäre dann geschlossen. Ihn zu beseitigen, kann nur Aufgabe der anderen sein.

Poincaré wollte vermittlels des neuen Radiosprechapparates zu Neujahr eine große Ansprache an das englische Volk halten. Doch ist es dazu nicht gekommen: man hat diese Nummer des weltpolitischen Theaterprogramms gestrichen. Und Poincaré ist es dadurch erspart geworden, zu einer Nation zu sprechen, von der heute 99 Prozent ihn persönlich und seine Politik ablehnen. Eine Ansprache in diesem Augenblick wäre aber auch noch aus einem anderen Grunde deplaziert gewesen, weil sich nämlich kurz vor dem Jahresende der englisch-französische Gegensatz noch verschärft hat, und zwar infolge des Bündnisses, das Frankreich neuerdings mit der Tschechoslowakei abgeschlossen hat.

Dieses Bündnis ist ein Schutz- und Trutzbündnis militärischen Gepräges. Es sichert Frankreich im Rahmen der Entente, aber auch wirtschaftlich und finanziell eine überaus günstige Sonderstellung. Politisch gesehen, ist es eine neue Stärkung der machtpolitischen Position Frankreichs in Mitteleuropa. Der Preis, den Frankreich für das Bündnis zu zahlen hat, besteht in mehreren hundert Millionen Franken, die Frankreich dem Verbündeten zum Ausbau seiner militärischen Rüstung zur Verfügung stellt. Ähnlich große Summen leiht Frankreich auch Polen und Rumänien. Und das geschieht zu einer Zeit, in der dasselbe Frankreich erklärt, es könne seine eigenen Schulden in Amerika nicht bezahlen und müsse Deutschland gegenüber auf einer strengen Durchführung des Friedensvertrages bestehen. Nun, Amerika und England wissen jetzt ganz genau, wozu Frankreich die Summen braucht, die es aus dem Rheinland und dem Ruhrrevier herauszupressen sucht: mit diesen Summen sollen die Kanonen gebaut werden, mit denen Frankreich hofft, die Weltmachtstellung Englands in Grund und Boden zu schießen, nachdem auf dem Kontinent der einzig ebenbürtige Gegner, Deutschland, für Jahrzehnte ausgeschaltet ist.

In der Ansprache, die der Präsident der französischen Republik, Herr Millerand, bei dem Neujahrsempfang des diplomatischen Corps gehalten hat, gibt sich allerdings das offizielle Frankreich ganz sanftmütig und friedfertig. Da wird mit einer höflichen Verbeugung nach Deutschland hin von der „Morgenröte der Versöhnung und dem endgültigen Frieden“ gesprochen, und da wird der „inländische Wunsch“ laut, daß „kein neuer Zwischenfall die Versöhnung verzögern möge“; Frankreich „strebe sowohl nach der Wiederherstellung der allgemeinen Wirtschaftslage, wie nach seinem eigenen Wohlergehen, und fasse beide Ziele als ein und dasselbe auf“.

Die französische Regierung wird sehr bald Gelegenheit haben, diese zweifellos vernünftigen und an sich durchaus dankenswerten Worte in die Tat umzusetzen. Sehr rasch wird sich zeigen, ob sie ehrlich gemeint sind oder nur den Wert von Phrasen besitzen. Die von warmem Gefühl getragene Rede, die als Tönen des diplomatischen

Corps der apostolische Nuntius Pacelli bei dem Neujahrsempfang in Berlin gehalten hat, ist geeignet, den französischen Staatsmännern noch extra zu zeigen, was der Geist der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit von ihnen und ihrer Politik erwartet. Abgesehen hat auch Poincaré selbst in einem für Amerika bestimmten Neujahrsempfangsinterview Töne der Mäßigung angeschlagen und bei dieser Gelegenheit die Mitarbeit Amerikas in den Sachverständigenausschüssen mit Freude begrüßt; Frankreich werde, falls man den Wortlaut der Friedensverträge respektiere, für jeden vernünftigen Vorschlag empfänglich sein. Wir werden sehen, was Poincaré praktisch unter dieser „Respektierung des Wortlauts der Friedensverträge“ versteht.

Für uns in Baden bedeutet die Rede, die der Badische Staatspräsident beim Neujahrsempfang gehalten hat, einen besonders wichtigen Beitrag zum politischen Auftakt des neuen Jahres. Zunächst wird uns auch hier das Wiedererwachen des Gemeinschaftsgeistes in Deutschland bestätigt und im Zusammenhang damit einer inneren Politik der Versöhnung und der Sammlung aller Kräfte das Wort geredet. Sittliche Erneuerung unseres Volkes, nationale Wiedergeburt und Erhaltung der Reichseinheit: das sind die großen Leitmotive Vaterländisch handeln und nicht nur vaterländisch reden, das sei die Parole. „Unsere Jugend trägt dieses vaterländische Denken tief im Herzen. Ob sie am Schraubstock steht oder im Büro arbeitet oder auf den Schulen sich auf ihren künftigen Beruf vorbereitet: ihr Lebensgefühl ist trotz größter Entbehrungen ungeboren, ihr Herzschlag trotz mancher Verirrungen im Grunde treudeutsch. Die Laufende aber, die für ihr Vaterland hinter Kerkermauern schmachten oder jetzt gar deportiert sind, die Millionen, die für ihre Heimat hungern, alle die, die Not leiden um ihres Deutschlands willen, sind heute die Herde deutscher Vaterlandsliebe. Die nationale Gesinnung ist heute nicht Alleingut irgendeiner Parteiengruppe, und betont sie es noch so laut; nein, die äußerliche Verdrückung und die innere Not haben den Glauben an unser Volk und seine Mission in allen Kreisen und Schichten geweckt; in der Arbeiterschaft so gut und so echt wie in den Kreisen des Bürgertums. Mätern wir nicht an kleinen Unterschieden in der Auffassung; vor allem steht das Ziel! Das ist das einzig wahrhaft Erfreuliche in unseren Tagen. Lassen wir uns diese Freude auch nicht vergällen durch weniger erfreuliche Erscheinungen, die sich stets im Gefolge von Entwicklungen einstellen, wie wir sie jetzt zu durchleben haben.

Errichtung einer starken Staatsautorität im Innern, so daß der Ausnahmezustand alsbald beseitigt werden kann, jener Ausnahmezustand, unter dem auf die Dauer ein Wiederaufbau unmöglich ist! So lautet die Forderung des badischen Staatspräsidenten. Vereinfachung der Staatsverwaltung, Erweiterung der sich selbst verantwortlichen Selbstverwaltungen, gerechte Besteuerung vor allem derer, die Reichtümer sammeln konnten, während Millionen ins Elend hinabstanken: so heißen die weiteren Programmpunkte. Besonders Verständnis bringt die badische Regierung der Privatwirtschaft entgegen, die unter den schweren Schlägen des vergangenen Jahres zusammengebrochen ist, ferner aber auch dem Handel und Gewerbe, die durch die Krisis ebenfalls schwer betroffen wurden, und der deutschen Landwirtschaft. Denn auch bei den kleinen und mittleren Landwirten zieht bereits das Gespenst der Verschuldung wieder herauf.

Trotz alledem dürfen wir nicht verzagen. Und, was das Land Baden betrifft, so wird es als treues Glied des Reiches seine vaterländische Pflicht weiter erfüllen. Wir geben dabei von der Voraussetzung aus, daß unsere Landmannschaftliche Eigenart respektiert und uns ein Eigenleben im Rahmen des Ganzen ermöglicht wird. Für den Einheitsstaat in seiner schroffen Form ist das deutsche Volk als Erbe alter, germanischer Vorstellungen nun einmal nicht geschaffen. Separatistische Gelüste gibt es bei uns in Baden nicht. Ebenso wenig aber auch Teilungspläne. Das Land Baden gehört zusammen, so wie es nun seit über 100 Jahren besteht. Als Südwestmark wird es gerade in der Zukunft seine besondere, nationale Mission zu erfüllen haben.

Was die Frage einer Zusammenfassung einzelner Länder anlangt, so wird es sich „empfehlen, diese Frage

mit aller Ruhe und Gelassenheit unter dem alleinigen Gesichtspunkt der inneren und äußeren Zweckmäßigkeit zu behandeln. Stürmisches Drängen ist von Ubel. Der Artikel 18 der Reichsverfassung schafft die entsprechenden Möglichkeiten, um, wenn es notwendig sein sollte, zum Ziele zu kommen.“

Frankreich und Europa

Von Dr. Oswald Spengler.

Die Tatsache, welche die gegenwärtige Weltlage vollkommen beherrscht ist der märchenhafte Aufstieg Frankreichs zur unbedingten führenden Macht. Auf dem Kontinent besitzt es keinen Gegner mehr. England wird durch eine kluge Taktik, die zwischen Abberedung und Drohung schwankt, in den Dienst französischer Pläne gestellt. Amerikanische Wünsche weist man kühl zurück. Andere werden nicht einmal gehört.

Das französische Volk marschiert mit seinen 39 Millionen unter den großen Nationen an letzter Stelle. Es ist seit Jahrzehnten arm an Geburten. Es ist seinem geistigen Zustand nach sehr alt, sehr überfeinert, sehr verbraucht. Es ist auch politisch alt geworden. Es hat seit 50 Jahren nur noch einen Gedanken genährt: Den der Rache für einen verlorenen Krieg. Andere haben Kolonialreiche organisiert, Industrien geschaffen, eine Welt sozialer Einrichtungen aufgebaut. Frankreich hat dafür 1894 den Kult der Jungfrau von Orleans als ein Symbol militärischer Rache in Szene gesetzt. „Wir Franzosen werden nichts mehr erobern“, hat Jola damals einem Besucher gesagt. Und nun? Ein Volk, das auf dem Wege war, sich wie das spanische, nach ruhmvollen Jahrhunderten zur Ruhe zu setzen, ein Volk, das nur durch die angelsächsischen Wajonette und Milliarden gerettet worden ist, spielt heute mit dem Schicksal dieser Mächte. Es hat vergessen und die Welt mit ihm, wer denn zuletzt den Erfolg erzwingt. Es hat die Hunderttausende fremder Toten in seinen Schützengräben vergessen. Es ist überzeugt, allem gegnert zu haben und nimmt deshalb das Recht auf noch ganz andere Erfolge in Anspruch.

Denn Frankreich ist heute das einzige Land dessen herrschende Klasse immer zuerst vom Ehrgeiz geleitet werden, den vom Abessperre und Danton gewekten und von Napoleon im größten Stil geschulten Ehrgeiz, der „Grande Nation“, fremden Nationen den Fuß auf den Nacken zu setzen. Diese Exaltation, die keinen Widerpruch duldet, wird stets den lauten Ruhm dem materiellen Vorteil, stets den Genutz militärischer Triumphe der wirtschaftlichen Klugheit, stets einen glanzvollen Augenblick einer weniger glänzenden, aber bedeutenden Zukunft vorziehen. Man tauscht sich in Frankreich über den Geist der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Absichten. Frankreich ist das einzige Land, das seit der Schlacht von Warezin bereit ist, selbst die bitterste Not, selbst einen blutigen Bürgerkrieg als Folgen in Kauf zu nehmen, um die Ausübung von Macht in irgend einem Sinne fortsetzen zu können. Der Franzose des 18. Jahrhunderts, des Volok, ist mit den Siegen der Jakobinerheere ausgestorben.

Dieser Machtwille ist stets ein Wille zur Vernichtung. Es liegt außerhalb der Grenzen des französischen Charakters, noch mehr außerhalb des französischen Geschmacks, eroberte Länder aufblühen zu lassen, aus den Gegnern von gestern Freunde von morgen zu machen. In Afrika und Hinterindien ist der Franzose der schlechteste Kolonisator, den man sich denken kann. Von den Raubzügen Ludwigs XIV. an, welche einen Wüstengürtel den Rhein entlang legten, bis zur Behandlung europäischer Völker durch die Heere Napoleons, woran dessen Reich schließlich zugrunde ging, ist das französische Siegesgefühl stets dasselbe geblieben. Kein Volk, das russische Ausgenommen hat keine Revolutionen mit einer so schrankenlosen Verfolgungswut und so furchtbarem Blutvergießen durchkämpft. Man denke an die planmäßige Entvölkerung der Vendée seit 1792, an die Zerstörung von Lyon 1793, an die Niederbrennung der öffentlichen Gebäude von Paris im Jahre 1871. Ein Mensch von dieser Art erfüllt heute wieder weite Kreise des Volkes, das gegen alles Erwarten an die Spitze der Ereignisse getreten ist.

Und wie alles bei ihnen alt ist, der Charakter, der Geist, der Ehrgeiz, die Auserwählung des Machtgefühls, so auch die heutigen Ziele dieser Macht. Die gesamte Politik ist mit feinsten der Deutlichkeit eine Wiederaufnahme napoleonischer Pläne. Diese 39 Millionen wollen die Herren Europas und der Welt sein, die anderen Mächte trennen, herabdrücken, vernichten. Was 1919 unter dem Eindruck eines plötzlichen u. unerwarteten Erfolges noch ein sehr unbestimmter Drang war, ist heute ein mit der ganzen Klarheit und Energie des französischen Geistes verfolgter Plan. Mit Erstaunen sieht man, wie die Rheinlinie als Festung ausgebaut wird, vor der als Clacis das Trümmerfeld Deutschlands liegen soll, etwa in Gestalt eines Rheinbundes, während als Außenforts das Ruhrgebiet den Zugang zur Nordsee, die kleine Entente die Landbrücke längs der Donau zum Orient, der riesenhafte Befehl in Nordwestafrika den Weg zum Mittelmeer sollen, während Luft- und Unterseewaffen die Seeseite sichern.

Seit dem Erfolg an der Ruhr, der einem völlig entwaffneten und wirtschaftlich ruinierten Lande gegenüber nicht fehlen konnte, wenn es isoliert blieb, ist der nächste Gegner deutlich bezeichnet. Es handelt sich um einen Vorstoß gegen die angelsächsischen und damit um einen Triumph der romanischen über die germanische Welt. Es liegt in der Geschichte, wie im geschäftlichen Leben: Mit dem Erfolg wird der Verbündete von gestern zum Gegner von morgen. Ohne Zweifel ist Poincaré den Stelle steht. Aber, wie immer in Frankreich, ist er lediglich das ausführende Organ einer Partei, welcher seinem Erfolg der genialste Staatsmann, der jetzt irgendwo an einer leitenden Richtung und damit ihm selbst wieder die Bedingungen sei-

bleibens im Amt abt. Vom Ausfall der französischen Wahlen im nächsten Frühjahr hängt unter Umständen das Schicksal der Welt ab. Die heutige Kammer ist aus einer bestimmten Hoffnung hervorgegangen. Ist der Erfolg an Rhein und Ruhr endgültig gesichert, worauf sich heute die ganze Energie der französischen Politik richtet, so werden die neuen Wahlen eine Kammer des lauten Triumphes schaffen und damit den Mittelpunkt einer entschieden aggressiven Politik. Diese Kammer wird durch die Stimmen ihrer Wähler in dieser Richtung streng gebunden sein, und sie wird ihre Führer ebenso binden. Denn darüber läßt man sich nicht: Wenn die französische Nation im Augenblick solcher Erwartungen einem Manne die Macht überträgt, so verbindet sie damit einen unzweideutigen Wunsch. Napoleon I. wußte sehr wohl, daß der erste Schritt rückwärts auf der Bahn des militärischen Ruhmes das Ende seiner Herrschaft bedeutet. Deshalb war er seit dem Niedergang von Moskau nicht mehr in der Lage, auf ernstliche Friedensverhandlungen einzugehen, wie sie seit 1813 und 14 immer wieder eingeleitet worden sind. Er hat das im September 1818 dem Fürsten Metternich in Dresden auch offen herausgesagt. Aus demselben Grunde brauchten die Bourbonen 1816 den Krieg in Spanien, und die Orleans 1832 den in Algier. Und wenn Napoleon III. mit dem Wahlspruch: „Das Kaiserreich ist der Friede“ den Thron bestieg, so wußte er ebenfalls, daß das zweite Kaiserreich den Krieg bedeuten mußte, wenn es sich halten sollte. Die Expedition nach Mexiko erfolgte 1861 nur, weil damals in Europa keine Aussicht auf einen großen Krieg vorhanden war. Als Boulanger 1888 vor dem Staatsstreich stand, war es vor allem die Ankündigung des Krieges gegen Deutschland, womit seine Anhänger ihre Aufmerksamkeit gesichert hatten. Aus demselben Grunde werden die Neuwahlen, wenn sie sich unter dem Eindruck eines großen politischen Erfolges vollziehen, in Frankreich den Krieg bedeuten, und zwar als Folge der weltweiten Entwicklung seit 1918, den Krieg gegen die englische Weltmachtstellung.

Frankreich läßt heute keinen Zweifel mehr darüber, daß es von Deutschland in erster Linie nicht Geld, sondern die Ruhr, und darüber hinaus einen Rheinbund unter französischem Protektorat will. Das ist eine notwendige Etappe auf dem alten napoleonischen Wege. Das Ruhrgebiet liegt genau dort, wo Napoleon 1806 das Großherzogtum Berg gründete, das er seinem Schwager Kurat übergab und über dessen militärische Zwecke er von Anfang an keinen Zweifel gelassen hat. Denn im folgenden Jahre entsand nordöstlich davon das Königreich Westfalen, dessen Regierung vollkommen in französischen Händen lag und dessen Truppen einen Bestandteil der französischen Armee bildeten. Und darüber hinaus wurde endlich 1810 die deutsche Nordseeküste Frankreich einverleibt. In der „Revue Maritime“, der nationalpolitischen Zeitschrift der französischen Marine, wurde bereits im Sommer 1923 die Besetzung von Bremen und Hamburg gefordert, und dieser Gedanke wird seitdem immer häufiger geäußert. Es gibt in dem vollkommen wechsellösenden Deutschland keinerlei Mittel, welche die völkische Besetzung der Nordseeküste und ihre Einwirkung auf die alliierten Schiffe und U-Boote verhindern könnten. Was der sichere Besitz dieser Rüste für die Bedrohung der englischen Ostküste bedeutet, dürfte heute jedermann bekannt sein. Aber damit würde die Kontinentalpolitik von 1806 in jedem Augenblick wieder aufgenommen werden können, aber mit allen Angriffsmitteln des modernen See- und Luftkrieges und auf Grund aller Erfahrungen über eine Blockadewirkung von dieser Seite her. Die Entfernung vom Ruhrgebiet zur Ems- und Wesermündung beträgt 200 Kilometer. Das bedeutet für eine moderne, mit Automobilen ausgerüstete und von Kavallerie begleitete Streitmacht nicht einmal zwei Tage. (Schluß folgt.)

Labour-Minister

Einem Artikel des Londoner Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ entnehmen wir folgendes über die gegenwärtige innerpolitische Situation in England:

Nehmen wir an, Deutschland hätte den Krieg gewonnen, und die parlamentarische Lage hätte für Wilhelm II. den theoretischen Zwang geboten, Herrn Scheidemann zum Reichskanzler und die Sozialdemokratische Partei zur parlamentarischen Stütze von S. M. Regierung zu machen. Ich weiß, ein deutscher Kaiser wäre nicht in diese Verlegenheit gekommen. Aber nehmen wir das alles an — dann erst läßt es sich ahnen, was heute in den „bürgerlichen“ Herzen Englands vor sich geht. Das Land ist ja trotz seiner demokratischen Formen unendlich aristokratisch gestimmt und geordnet als Deutschland. Es hat sich eine bürgerlich-vornehme Lebensform geschaffen, der fast die ganze Bevölkerung mehr oder weniger bewußt zustrebt, wodurch sie dem bourgeois-gentleman eine geradezu legitime Berechtigung zuspricht. Der konservative Zug des Englands äußert sich sehr viel mehr sozial als politisch, er ist sehr viel mehr noch als reaktionär. Das vollkommenste Zeichen einer militärischen Oberhoheit in der Gesellschaft — selbst keine nach dem gewonnenen Kriege! — begünstigt diesen gemeinsamen Drang zum bürgerlichen Aufstieg und auf der anderen Seite hat sich die enorme Besteuerung, die — alles zusammen — bis auf 75 Prozent der hohen Einkommen erfaßt, als ein Mittel des sozialen Ausgleichs erwiesen, indem sie den Lebensstil der oberen Klassen herabmildert und den Unteren ein gewisses Gefühl der Befriedigung verleiht. Dabei herrschen politisch in England nicht die Aristokraten in der Form alter Adelsgeschlechter, sondern das Übergewicht ist in einen hochbürgerlichen Kreis verschoben, der teils ohne Titel, teils ihn erst in der jetzigen oder einer kurz bevor gelegenen Generation erlangt hat, und dessen Eigenart es ist, daß er die Brücke zwischen den alten Gutsbesitzern und den modernen Eisenhütten- und Fabrikanten darstellt. Der moderne Imperialismus hat den aristokratischen Charakter Englands und seiner Regierungswiese zwar in der Form, aber nicht in seiner Intensität verändert, und der Zustand zu ihm aus allen Schichten des Volkes ist enorm. Konservativ und Liberal untercheiden sich dabei nur im Temperament und mitunter — im Angus.

Und nun sollen sich Labour-Abgeordnete in die Klubstühle von Whitehall und Downing Street setzen! Wer je etwas vom englischen Sozialismus und von der Labour Party gehört hat, weiß, daß von den Theorien von Karl Marx wenig darin zu finden ist. Gäbe es seit dem Kriege nicht eine so enorme Zahl von Arbeitslosen, wären die Preise nicht so hoch und die Wohnungen nicht so knapp, dann wäre die Labourbewegung überhaupt nicht sehr hoch angestiegen, denn der englische Arbeiter ist auch heute nicht schlecht ein Labour-Wähler. 4,4 Millionen Stimmen, bei wohl über 10 Millionen wahlberechtigten Arbeitern! Dabei ist noch in Abzug zu bringen, daß das Kleinbürgertum und die gebildete Mitte nicht aus Enttäuschung über die Welt, über Lloyd George und über sonstige Zitterercheinungen ihre Stimme für Labour abgaben, damit einmal ein Wechsel sei. Es ist falsch, zu sagen, der englische „Sozialismus“, d. h. die intellektuelle Schicht, die sich die Leitung der organisierten und unorganisierten Wählermassen Labour zu sichern oder zu erhalten sucht, sei frei von schließlichen Phrasen und Übergangungen und die Klassenidee spiele im

Mittelpunkt Labours keine Rolle. Aber wenn das englische Bürgergemüt heute recht stark erregt ist, so kommt das viel weniger von der Angst vor großen sozialen und ökonomischen Umwälzungen als von dem Gefühl, daß die aristokratische aller Nationen unter ein sehr plebejisches Joch komme. Die Besitzer von Industrieanlagen und die Geschäftsherren der City sind allerdings aus rein materiellen und auf dem kurzzeitlichen meßbaren Gründen in einiger Besorgnis, aber das ist kaum gerechtfertigt, denn die Parteiverhältnisse sind so, daß eine Labour-Regierung schon nach fünf Minuten zu Fall käme, wenn sie wagte, in alte Privilegien einzugreifen oder sich von der üblichen Machtpolitik des „bürgerlichen Kapitalismus“ aus nur um ein geringes Stück zu entfernen. Gleichwohl, für manche antisozialistische Engländer wäre es bedenklich genug, wenn Labour über eine solche heisse Streitfrage zum Sturz käme und vom Regierungssitz aus ein geharnischtes „sozialistisches Regierungsprogramm“ vor die Wählerhaft stellte. Eine solche Kühnheit könnte die neutralen Wählermassen zugunsten Labours mobilisieren. Aber der Durchschnitts-Engländer ist zu stolz, um dies ernsthaft befürchten zu wollen. Er ist überzeugt, daß diese „Emporkömmlinge“ rasch scheitern werden. Viele fühlen sich sogar als sehr schlaue Politiker, wenn sie sagen: „um Himmels Willen laßt sie regieren, — sie werden sich rasch genug die Köpfe eintrennen“. Der Engländer ist unendlich demagogisch in seiner Politik, aber doch ein Beweiser der Konjunktur geht doch sehr vielen über das Bewußtsein. Nicht dem König! Die Krone bereitet dem edlen Virenen heute einige Verlegenheiten, denn ganz offensichtlich müßte König Georg mit den Männern der Zukunft so gut wie möglich zu stehen. Am Ende ist das befreitlich.

So ist die Lage — sicherlich einzigartig in ihrem historischen Interesse — auch nicht ohne eine gewisse Komik. Denn so wie die einen bemüht sind, die neuauftretenden Labour-Führer von den Geheimnissen der Anter ferne zu halten, so ist Labour darauf bedacht, sich der unvorstelligen Gelegenheit würdig zu erweisen. Aber hätte sich ein so reiches Amtsträumen lassen? Doch wir wollen nicht vergessen, daß die Tatsache noch nicht vollzogen ist.

Wer wird nun die Rüste an der Sonne einnehmen? Wie man die Dinge auch dreht und wendet, so zeigt sich, daß die Labour Party auch heute schon ein köstlich zusammenstellendes kann, das immerhin mindestens so ansehnlich und kompetent ist wie das Baldwinische. Zu einer Regierungsbildung in England gehört allerdings weit mehr, denn es sind mehrere Duzend politische Stellen zu besetzen; die Regierung muß ferner in beiden Häusern des Parlaments gut zu Worte kommen und schließlich verlangt es der englische Brauch, auch die Hofbeamten des Königs bei einem radikalen Wechsel neu zu bestellen.

Überläßt man die Rüste der präsumtiven Labour-Minister, so erweist sich als wahr, was wir ein Labour-Führer sagte: „Das erste Fundament ist ausgezeichnet, lauter gute, bekannte Namen; dahinter wird es hapern.“ Die Untersekretäre werden zum Teil ebenso belanglos sein wie die unter der letzten Regierung. Der Premier, Ramsay MacDonald wird alle übertragen; an Geist, an Kenntnis, an Ansehen. In seiner Kampfstellung im Kriege und danach war er wunderbar. Ein prächtiges Temperament, voll Mut. Später, als Führer der Opposition im Unterhaus, war es weniger sein feuriger Geist als sein Bestreben, ein lokaler Mitarbeiter im mitregierenden Parteigebiet seines Landes zu sein, was auffiel. In der dritten Stufe vollends, als Führer der Labour-Regierung, wird sicherlich sein Wunsch nach politischem Ausgleich noch viel deutlicher werden. Für den unbedeutendsten Zuschauer geht dadurch etwas an Glanz verloren — für den englischen Staatsbürger mag es eine wunderbare Entwicklung nach oben sein. Warum dies demängelt? MacDonald, der sein ganzes Leben der Entwicklung Labours zu einer reierungsfähigen Macht gewidmet hat, kennt sein Land, sein Volk und seine Bedürfnisse selbst am besten. Wie immer man über die Richtung und die Methode denken mag: er ist einer der wenigen großen Parteiführer der Gegenwart. Sein Gewicht wird so leichter sein, daß dieses erste Labour-Kabinett wenig ein Regierungs-Kollektivum als eine Verarmung von Beratern eines herrschenden Premiers sein wird. (Ähnlich wie bei Lloyd George, solange er noch fest stand.) Die Vormacht MacDonalds wird noch dadurch betont sein, daß er, wie nun wohl als sicher gilt, sein eigener Außenminister sein wird. Wohl auch der Führer im Unterhaus; doch mag Herr Clynes damit betraut werden. England ist Weltreich und hat einen immensen Aufgabenkreis. Die Hoffortbeamteten müßten jeden Neuling im Amt in ihre Hände bekommen; erst recht, wenn er mit sozialer Arbeit überhäuft wäre. MacDonalds selbst ist keine Natur, die dazu treibt, Hindernisse hiefigkeit zu überrennen.

Clynes, Thomas und Henderson werden die einflussreichsten unter den Gewerkschaften und Parteifunktionären sein, die Kabinettfrang erhalten werden. Alle drei bringen aus der Kriegs-Koalitionzeit Regierungserfahrung mit, und Henderson sogar Kabinettaparier. Sie sind eminent tüchtige Parteigrößen und für die Einhaltung eines geordneten Staatsbetriebs schon bisher unentbehrlich. Weder ihre Gerechtigkeit, in einer Kriegeregierung zu dienen, noch ihre freiwillige Einordnung in das vorhandene System lassen auf eine radikale oder gar unfrüherliche Stimmung schließen.

In Patricia Hardings und Mr. Chamberlain stehen der Partei zwei gelehrte und gelehrte Juristen zur Verfügung, aber es wäre nicht ausgeschlossen, daß MacDonald bei der Besetzung juristischer Posten etwas vom üblichen Weg abweichen muß. Erst recht gilt das von der Vertretung der Partei im Oberhaus und in den Hofämtern. Daß der Vater Bonhous ein Hofbeamter und erst lange vor dem König Victoria war, wird zwar bei diesem Anlaß von den Anti-Labour-Blättern mit Wogen ausgegraben, — aber damit ist nicht gesagt, daß MacDonald geneigt sein wird, dem König einen neuen Hofstaat, vom Stallmeister bis zu den Kammerdamen der Königin, aufzudrängen, denn im Grunde ist das heutzutage wirklich einerlei, wer diese Würden trägt. Man könnte sich denken, daß MacDonald die Dinge so löst, wie sie sind. Ernsthafter ist die Frage des Oberhauses. Diese Institution ist für die Regierung durchaus nicht gleichgültig, aber eine Labour Party gibt es begrifflicherweise bisher dort nicht, wemalich es bekannt ist, daß mindestens fünf der Mitglieder des Oberhauses, Lord Salbane, Lord Barmoor, Lord Russell, Lord Kimberley und Lord Acton, Labour sehr nahe stehen, obgleich sie offenbar bisher nicht formell Mitglieder der Labour Party sind. Auch nicht Lord Salbane. Dieser sowie Lord Barmoor, wird als möglicher Träger eines Amtes genannt. Beide haben beinahe ausschließlich sich und Mittelteil nur kraft ihres hohen Ritteramts. Lord Acton ist ein Beamter des diplomatischen Dienstes; seine Mutter ist eine Gräfin Arco-Valley aus München.

Eine starke Position kann ein Labour-Kabinett im Oberhaus in solchen Verhältnissen auch im besten Falle heute nicht haben. Aber sie wird ausreichen, um MacDonald eine ordnungsgemäße Regierung von mäßiger Dauer zu gestatten. Mehr kommt nicht in Betracht und mehr wäre vom Standpunkt Labours weder notwendig noch erwünscht — denn das Interregnum MacDonalds wird, wenn es dazu kommt, nur ein Vorspiel sein zu der größeren Handlung, auf die sich das England der Zukunft mit Geduld und Ruhe vorbereiten wird.

Frankreichs Hilfsvölker

Anläßlich hat der demokratische Senator Robert La Follette im amerikanischen Senat in einer Rede, in der er Frankreich scharf angriff, das Pariser Kabinett als in höherem Grade für den Krieg verantwortlich erklärt als die damalige deutsche Regierung. Es sei von höchster Wichtigkeit, fügte er hinzu, daß die Welt die näheren Zusammenhänge kennen lerne und begreife, wie die Presse und die öffentliche Meinung geformt und die Völker geleitet wurden, einander zu hassen und zu fürchten und Armeen zu organisieren, soweit es ihre Finanzkraft nur zuließ.

Langsam fängt das Licht der Wahrheit an, die dichten Nebel zu durchdringen, mit denen die Lügen der feindlichen Kriegspropaganda die Welt bedeckt haben. Zwar ist die französische Propaganda weiter eifrig dabei, den Durchbruch der Wahrheit aufzuhalten, aber die Fakten, mit denen Frankreich seine Propaganda in verstärktem Maße fortsetzt, reden eine so deutliche Sprache, daß auch die geschickteste Propaganda sie auf die Dauer nicht zu überblenden vermag. Die „Times“ veröffentlichten am 28. November eine ausführliche Zusammenfassung der von Frankreich an Polen, Rumänien und Jugoslawien gewährten Anleihen.

Die Anleihe an Polen beträgt 400 Millionen Francs. Als Zweck wird der Ankauf rollenden Materials, Ausgaben für Eisenbahnen, Telegraphen und Ausgaben für nationale Verteidigung“ angegeben. Als Grund zur Gewährung der Anleihe wird u. a. genannt: „Anregung der Sympathie für Frankreich in Polen.“

Die Anleihe für Rumänien beläuft sich auf 100 Millionen Francs. In der Begründung zur Bewilligung der Anleihe heißt es: „Selbst die gläubigsten Friedensfreunde müssen zugestehen, daß kein Land bei dem gegenwärtigen Zustand in Mitteleuropa ohne Gefahr für den allgemeinen Frieden der Mittelmeer für seine Verteidigung herbeizubereiten kann.“

Die Anleihe an Jugoslawien beträgt 300 Millionen Francs. Als Zweck werden auch hier neben Zivilausgaben für Eisenbahnen, rollendes Material und Telegraphen, „Militärausgaben für nationale Verteidigung“ angegeben.

Mit Recht unterzeichnen die „Times“ die merkwürdige Tatsache, daß Frankreich, das vor der Welt stets seine Kräfte betont, in der Lage sei, den Staaten in Ost- und Südosteuropa zu Küftungszielen den Betrag von 800 Millionen Francs zu gewähren.

Dieser innere Widerspruch wird auch in Frankreich empfunden, und zwar umso mehr, je mehr durch die unsinnige Finanzpolitik der französischen Regierung der Franc entwertet wird. Zwa geht der bloß national des militärischen Frankreichs mit der französischen Regierung durch die Nase und Dumm. Aber als bemerkenswertes Symptom beginnender Ernüchterung muß doch bemerkt werden, daß bei der letzten Verhandlung des französischen Senats über die Kredite für die außerordentlichen Ausgaben und für die ausgedehnten Militäroperationen der radikale Senator d'Estournelles de Constant an der den europäischen Frieden aufs schwerste bedrohenden Militärsituation Frankreichs lebhaftest Kritik geübt hat. Er führte u. a. aus:

„Man müsse sich fragen ob man Polen, Jugoslawien und Rumänien wirklich einen Dienst erwiese, wenn man sie in dieser Weise sozusagen zwischen zwei Feuer stelle. Frankreich werde Polen und Jugoslawien Kriegsmaterial schicken; wer werde es unterhalten und wer werde seine gute Verwendung sichern? Werde nicht Frankreich eine Aufwiegler veranlassen, sich seiner zu bedienen, unter Umständen, die Frankreich selbst in große Verlegenheit bringen würden?“

Diese Kritik wird in Frankreich umso peinlicher empfunden, als bekanntlich Amerika die französische Außenpolitik zum Anlaß nimmt, um auf Bezahlung der französischen Kriegsschulden zu bestehen. Man fragt sich dort erlaubt, wie es möglich sei, daß Frankreich, das behauptet, seine Schulden nicht zurückzahlen zu können, doch viele Hunderte von Millionen für Küftungsausgaben der Kleinen Entente übrig hat. In dieser inneren Unabgeschlossenheit muß über kurz oder lang die Politik des französischen Imperialismus scheitern.

Politische Neuigkeiten

Der französische Franc

Zum Kurverlust des französischen Francs wird in einer Londoner Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“ u. a. ausgeführt: Während die englische Presse diese Fragen jahrelang mit sorgfältiger Schonung behandelt hat, zeigt sich nun allenthalben das Bedürfnis, den Dingen etwas mehr auf den Grund zu gehen. Man gelangt allmählich zu Argumenten, wie sie vor Jahren gegenüber Deutschland ausgesprochen wurden, nämlich, daß eine staatliche Geschäftsführung dem Vertrauen genüge, wenn der Haushalt künstlich zurechtgemacht ist, aber Ausgaben und Einnahmen nicht normal balanzieren. Man rechnet dabei heute auch Frankreich nach, daß es nicht geständig Steuern zahle, und daß es mit seinen Geldern zum Schaden seiner Gläubiger Verwandschaft treibe. Sowohl in England wie in Amerika sagt man sich, daß es nicht angehe, Hunderte von Millionen an andere Staaten für unnütze Dinge wie für Bewaffnung auszugeben, wenn man selbst tief in der Schuld anderer sitze. Das Mißfallen geht so weit, daß die Pariser Regierung binnen kurz oder lang von der englischen in aller Form auf dieses Mißverhältnis hingewiesen werden dürfte. Man wundert sich höchstens darüber, daß der Franc nicht stärker und schneller fällt, wie es tatsächlich der Fall ist. Der „Manchester Guardian“ sagt: Genau wie kürzlich in England, werde auch in Frankreich im Frühjahr eine wirtschaftliche Frage über den Wahlausgang entscheiden. Bei einer Valuta von 85 Francs für das Pfund und bei täglich steigenden Lebenskosten fühle jede französische Hausfrau den Druck, und jeder Rentner sehe den Wert seines Besitzes schwinden. Es sei wahrscheinlich, daß diese beiden wichtigen Klassen nach einer Änderung verlangten. Es dürfte sich freilich empfehlen, nicht zu vergessen, daß auch die französischen Rentner nebenbei Patrioten sind, die eine bestimmte Vorstellung über ihr nationales Ziel haben oder mindestens bisher hatten.

Verhaftung des bürgerlichen Innenministers

Die bürgerliche Allgemeine Zeitung“ meldet aus zuverlässiger Quelle: Die nach Weimar entsandte Kommission der Reichsregierung hat nun auch die Personalangelegenheiten des Ministeriums des Innern einer Prüfung unterzogen. Hierbei hat sich herausgestellt, daß Neueinstellungen von Beamten bis zum 22. Dezember laufend stattgefunden haben. Dabei ist man Häufigungen in den Einstellungsdaten auf die Spur gekommen, indem die Einstellungsdaten ausstrahiert bzw. verändert wurden, um dadurch den Eindruck zu erwecken, daß die Einstellungen bereits im September bzw. Oktober stattgefunden haben. Belastende Seiten waren aus den Akten herausgerissen und entfernt worden. Die Personalangelegenheiten wurden von dem nicht sozialistischen Minister Herrmann bearbeitet. Die Angelegenheit wurde dem Oberstaatsanwalt in Weimar übergeben. Es scheinen sich dabei weitere für den Minister Herrmann belastende Tatsachen ergeben zu haben, denn auch dieser wurde festgenommen.

Änderung des bayerischen Landtagswahlgesetzes

Wie aus München gemeldet wird, hat die bayerische Regierung die Vorlage über die Änderung des Landtagswahlgesetzes dem Landtag zugehen lassen. Der Entwurf sieht eine Verringerung der Abgeordneten auf 99 vor, zu denen nach 15 Landesabgeordnete kommen, zusammen also 114. Auf rund 70 000 Einwohner soll, statt wie bisher auf 50 000, je ein Abgeordneter kommen. Statt der 8 bestehenden Wahlkreise sind nunmehr 4 vorgesehen, und zwar Oberbayern-Schwaben mit 34 Stimmkreisen, in München davon 9, statt bisher 13, und in Augsburg 2, statt bisher 3. Niederbayern-Oberrhein mit 20 Stimmkreisen, die Pfalz mit 12 Stimmkreisen und Franken mit 33 Stimmkreisen, davon Nürnberg 5, statt bisher 7.

Kurze Nachrichten

Reichsfinanzpräsident Dr. Schacht in London. Der neue Reichsfinanzpräsident Dr. Schacht ist in London angekommen und hatte bereits mehrere Besprechungen mit Finanzleuten der City.

Aus der Neujaahrspredigt des Kardinals Faulhaber. In seiner Neujaahrspredigt gedachte Kardinal Faulhaber, wie aus München gemeldet wird, des politischen Kampfes, der gegen die Juden und die Internationalen geführt worden ist, sich aber als Kampf gegen den Katholizismus entpuppte. Er dankte dem Auslande, namentlich Amerika, der Schweiz, Dänemark, Österreich, für die reichen Spenden, die zur Linderung der Not in Deutschland emigrierten jenen.

Die Reichsfinanzpräsident für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Bekleidung, Wohnung und Beleuchtung) bedauert sich nach den Feststellungen des Reichsfinanzpräsidenten für den 29. Dezember auf das 114 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 22. Dezember (1150 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 0,3 Prozent zu verzeichnen.

Untersuchung der Sparprämienausfällungen. Nach der „N. Z.“ hat der Reichsfinanzminister der Staatskassenverwaltung mitgeteilt, daß er einer Ausfällung der am 2. Januar fälligen Gewinn- und Tilgungsausfällung der Sparprämienanleihe zustimme. Wegen der geringfügigkeit der entfallenden Gewinne. Eine Entscheidung über das weitere Schicksal dieser Anleihe im Zusammenhang mit der Lösung der Finanzlagefrage für alle anderen Reichsanleihen wird, demnächst folgen, mit der dritten Steuerreform verbunden sein.

Die Münchner „Allgemeine Zeitung“. Die 1798 gegründete „Allgemeine Zeitung“ erscheint vom 1. Januar ab wieder als Tageszeitung. Sie stellt ihre alte, große Tradition seit Jahren in den Dienst des Kampfes gegen die parteilich-rechtswidrigen Auswüchse des politischen Denkers und dient so der Erhaltung des Reiches.

Äußerliche Aufstellungspläne. Zu den Gerüchten über eine bevorstehende Verschmelzung der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern erfährt die „Voss. Ztg.“ von demokratischer und deutschnationaler Seite, daß bei einzelnen Persönlichkeiten beider Richtungen tatsächlich der Wunsch einer solchen Verbindung besteht, daß aber bisher nichts Konkretes vorliegt, was eine solche Nachricht rechtfertigen könnte.

Das Verfahren gegen Hitler-Ludendorff. Die Verhandlung in der Hofgerichts-Sitzung Ludendorff und Genossen wird, wie aus München gemeldet wird, voraussichtlich erst gegen Ende Januar beginnen. Angeklagt sind 8 bis 9 Personen. Der außer Hitler, Ludendorff, Böhner und Wä dazu gehört, ist noch nicht zu erfahren gewesen.

Badische Uebersicht

Eine bayerische Stimme zur Finanzlage Badens

Unter der Überschrift: „Erfolge der badischen Finanzverwaltung“ schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz zu dem letzten Erfolge des badischen Finanzministers:

„Der badische Staatspräsident und Finanzminister Dr. Köhler konnte in einer Pressekonferenz Mitteilungen aus seinem Verwaltungszweige machen, die dafür sprachen, daß der Finanzminister eines deutschen Landes selbst heute noch mangelnde Wirkungsmöglichkeiten hat und den Dingen nicht einfach verzweiflungsvoll ihren Lauf zu lassen braucht. Dr.“

Badisches Landestheater

Zaanhäuser

Feiertagsaufführungen gehören erfahrungsgemäß nicht immer zu den wertvollsten, aus altbekannten Gründen. Umso mehr, wenn durch mehrere Gäste und Entlastungen einheitliches Zusammenwirken und Höchstleistung des Ensembles gestiftet werden. Daran ändern dann auch glänzende Einzelleistungen nichts. Sondern die Aufführungen waren auch in die, im allgemeinen gute Aufführung des „Zaanhäuser“ am 1. Januar 1924 ihre Schatten. Für Frau Brigelmann, welche in Mannheim als „Bastille“ aufgeführt wurde, kam von dorten Frau Kuske-Recap als „Venus“. Mit guten Stimmteilen begab und durch Vorzüge der Erscheinung trefflich unterstützt, gab die Dame die Liebesgöttin mit starkem leidenschaftlichem Akzent. Unsere besondere Sympathie konnte der eigentliche Haupt des Abends, Nelly Metz von der Staatsoper in München, als Elisabeth erwecken. Die schon ausgesprochene Stimme ist von weichen, mezzoartigen Timbre, die liebliche Schönheit des Äußeren verband sich mit der Reife der Darstellung zu einer erhebenden Leistung. Einer merkwürdigen, sehr starken Erklärung zufolge konnte sich ihr Partner, Rudolf Waibe, im 1. und 2. Akt nicht reißlos seiner Stimmteile bedienen. Der Sänger mußte sich, um durchhalten zu können, stark zurückhalten. Diese rechte Dronie kam ihm im 3. Akt so gut zufluten, daß er, namentlich in der berühmten Romanze, vollstimmig entschädigen konnte. Von einer Indisposition war hier kaum mehr etwas zu merken und sehr sinnfälliger trat die Schönheit der baritonale gefärbten und gutgehenden Stimme in Erscheinung. Auch das temperamentvolle Spiel wies manchmal eine neue, eigene Note auf. Unter den gegebenen Umständen ist die Durchführung der anstrengenden Partie nicht hoch genug zu bewerten und der Künstler hat den Dank des Publikums für seine Aufopferung zu beanspruchen. Eine prächtige Leistung war auch Dr. Bucherjennings Landgraf, trefflich im Gesang und der Erscheinung. Dem Volkstümlich waren seinen schönen Bariton und auch die übrigen Rollen waren bestens vertreten. Für den entlassenen Peters sang Rentwig den Walter von der Vogelweide. Die großen Chorleuten, welche namentlich im 2. Akt einen großen Raum einnehmen, dürften wohl für musikalisch verminderte Lören noch etwas an Präzision und Sauberkeit gewinnen. Bei der eminenten Schwierigkeit der Chöre im Zaanhäuser kann da jedoch nicht eingehend genug berichtet werden. Kapellmeister Schwabe leitete das Lippentische Werk mit fester gestaltender Hand und konnte mit den Darstellern am Schluß den herzlichen Beifall des zahlreichen Publikums entgegennehmen.

H. A. M.

„Aber war in der für einen Finanzminister außerordentlich angenehmen Lage, sagen zu können, daß dann rechtzeitiger Sparmaßnahmen des Rechnungsjahres 1922 ohne Defizit abgeschlossen hat. Natürlich hat der Währungszerfall der letzten Monate auch dem badischen Finanzminister manch schöne Hoffnung geknickt, nicht aber den Willen, die Schwierigkeiten doch noch zu meistern. Aus der Erkenntnis, daß nur die Sanierung der Staatshaushalte das deutsche Finanzland erfolgreich befähigen kann, zog der badische Finanzminister schon Mitte November die Konsequenz und stellte mit dem 14. November die Papiermarkrechnung ein. Für den Rest des Rechnungsjahres (bis 31. März 1924) wurde sofort ein Goldmarkt aufgestellt mit so radikalen Abstrichen auf allen Gebieten, daß rund 50 Prozent des Friedensstats in Wegfall kamen. Das erfreuliche Ergebnis dieser schmerzhaften Operation ist im ordentlichen Etat ein Einnahmeüberschuss von 5 Millionen Goldmark. Zwar ergibt sich aus dem gerade in Baden ungeheuren Anforderungen für Erwerbslosenfürsorge, die im außerordentlichen Etat zum Vorschein kommen, bei der Schlussrechnung ein Defizit von rund 12 Millionen Goldmark, aber Finanzminister Dr. Köhler hofft, durch einen einmaligen Zuschlag zur Grund- u. Gewerbesteuer für 1923 auch im laufenden Rechnungsjahre ohne Defizit auszukommen. — Die Forderung nach der Steuerhöhe der Löhner und Gemeinden über die direkten Steuern machte sich auch Dr. Köhler zu eigen, wenn er sich auch nicht verbittet, daß es beim Übergang der Finanzhoheit auf die Länder Verge von Schwierigkeiten zu bewältigen geben wird.“

Protverfürungsabgabe

P.A. Der zweite Teil der Protverfürungsabgabe, der, wie feinerzeit mitgeteilt wurde, in den ersten Tagen des Januar 1924 entrichtet sein muß, beträgt grundsätzlich das 106-milliardefache des Bruttoanleihebetrags. Wer also z. B. 100 000 Mark Anleihe zu zeichnen hatte, hat 19 Millionen 500 Milliarden Papiermark als zweiten Teilbetrag der Protverfürungsabgabe zu zahlen. Zur Berechnung des maßgebenden Bruttoanleihebetrags dürfen, wie auch bei dem ersten Teilbetrag der Abgabe, aus dem Anleihepflichtigen Vermögen ausgedient werden: Mietmehrfache sowie auf Papiermark lautende Forderungen und Beträge (z. B. festverzinsliche Wertpapiere, Hypothekendarlehen). In den Fällen, in denen dem Abgabepflichtigen ein besonderer Protverfürungsabgabebefreiung ausgestellt worden ist, ist stets das volle 106-milliardefache des in dem Befreiung angegebene Grundbetrags zu entrichten; eine Ausdehnung abgabefreier Gegenstände darf hier nicht mehr vorgenommen werden, da diese Gegenstände bei der Festsetzung des Grundbetrags bereits von Amts wegen ausgedient worden sind. Die Zahlung ist ausschließlich bei den Finanzämtern (nicht bei einer Steuerentwässerung und nicht bei einer Annahmestelle für die Anleihe) zu leisten. Falls die Abgabe bis zum 9. Januar entrichtet wird, entstehen dem Zahlungspflichtigen keine Schwierigkeiten. Verluste, die bis dahin durch eine eventuelle Geldentwertung entstehen sollten, hat der Steuerpflichtige zu tragen. Ist die Zahlung bis zum 9. Januar nicht geleistet, so erfolgt die Zwangsweise Beitreibung, außerdem sind empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

Der Handel mit Butter und Käse

Ämtlich wird mitgeteilt: Die Käse- und Butter, die die Landwirte durch das Aufkaufverwehen in großem Umfang zum Verbuttern der Milch verleitet werden, wollen nicht verkommen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß zum Ankauf von Butter und Käse in eigener Person und unmittelbar beim Landwirt eine besondere Erlaubnis des Bezirksamts notwendig ist, in dessen Bezirk der Ankauf erfolgen soll. Mit Rücksicht auf die noch immer zu beobachtenden Mißstände haben die Bezirksämter Weisungen erhalten, den wilden Ankauf von Butter und Käse mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Staatliche Spürhunde

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, werden nicht nur bei der Polizeibehörde in Karlsruhe, sondern neuerdings auch für das Oberland bei der Freiburger Polizei staatliche Spürhunde gehalten. Diese Hunde stehen zur Verfügung der Behörde den staatlichen Behörden und Polizeibeamten zur Verfügung.

Naiver und kritischer Realismus

Wenn im allgemeinen der Naive überzeugt ist, daß die wirklichen Dinge an sich so sind, wie seine sinnliche Wahrnehmung vor allem sein Gesicht sie ihm zeigen, so führt ihn doch schon gelegentlich das praktische Leben zu einer Unterscheidung zwischen den Dingen selbst und seiner Wahrnehmungsvorstellung. Er weiß durch alltägliche Erfahrung z. B., daß die Dinge in der Entfernung kleiner „aussehen“ als sie wirklich sind; er findet sie und da auch bei neuerer Untersuchung, daß ein Ding in Wirklichkeit eine andere Beschaffenheit hat, als er anfänglich auf Grund flüchtiger Wahrnehmung angenommen hatte.

Diese Unterscheidung, zwischen den Dingen, wie sie sich unserer Sinneswahrnehmung darstellen und den Dingen, wie sie an sich sind, wird dann von dem wissenschaftlichen Denken (in Physik, Physiologie und Psychologie) in größtem Maßstab vorgenommen. Sie zeigen, daß Farbe und Helligkeit, Festigkeit und Weichheit, Wärme und Kälte, Ton, Geschmack, Duft usw. nicht den Dingen an sich zukommen, unabhängig von ihrem Wahrnehmungsvermögen, daß vielmehr eine gewisse Beschaffenheit unserer Sinnesorgane, unseres Gehirns und Bewußtseins — ebenso gewisse physikalische (oder auch chemische) Reizorgane die unentbehrlichen Teilbedingungen dafür sind, daß an den Dingen sich diese Eigenschaften (die seit Locke (1704) so genannten sekundären Qualitäten) darstellen. Damit ist gegeben, daß die den Dingen nicht „absolut“ zukommen, sondern nur „relativ“, nämlich in der Beziehung zu wahrnehmenden Subjekten von bestimmter seelisch-körperlicher („psycho-physischer“) Beschaffenheit.

Mit dieser „Subjektivität in Sinnesqualitäten“ ist nun Anlaß und Veranlassung dafür gegeben, zwischen den Dingen selbst und ihren „Erscheinungen“ („Phänomenen“) im Bewußtsein grundsätzlich zu unterscheiden.

Durch Vollzug dieser Unterscheidung hebt sich der „kritische“ Realismus des wissenschaftlich-philosophischen Denkens von dem natürlichen („naiven“) Realismus des praktischen Lebens ab.

Dies bietet sich auch Veranlassung, zu den beiden Hauptarten der Gegenstände, die wir bisher allein ins Auge „gähen, den Idealen und den realen, noch eine dritte Art ins Auge zu fassen, die „phänomenalen“; darunter verstehen wir die Erscheinungen („Phänomene“) der realen Objekte im Bewußtsein.

* Ein Auschnitt aus dem 2. Kapitel (Der Begriff der Realität) des neuer erschienenen Bandes: „U. Wessler, der kritische Realismus (Wesen und Wesen, Band 4, Verlag bei G. Braun, Karlsruhe, 1923).

Kommunale Rundschau

Bürgermeisterwahlen. In sehr gut besuchter öffentlicher Versammlung sprachen dieser Tage die beiden Spitzenkandidaten für die Wadshuter Bürgermeisterwahl, Stadtrat Dr. Porstner von der Schöpheimer Handelskammer und der Eingetragte Stadtrat Dr. Ing. Boulanger zu der Wadshuter Wähler- und Einwohnerfrage. Der Kreis der Wahlberechtigten umfaßt 68 Stimmen, wovon jedoch 2 abzugeben sind, da 2 Kommunisten durch ihre Verhaftung an der Teilnahme der Abstimmung verhindert sind. Das absolute Mehr umfaßt 35 Stimmen. Das Zentrum verfügt über 19 Stimmen, die Sozialdemokraten über 19, die Demokraten über 13, die Rechtsparteien über 2 und die Kommunisten über 3 (bezog. 1). Die Wahl ist auf den 4. Januar angesetzt. Ob der erste Wahlgang eine Entscheidung bringt, erscheint zweifelhaft, den Ausschlag dürften die Demokraten geben. — Nach zweimaligem vergeblichem Versuch ist der dritte Wahlgang in Wadshut mit Erfolg durchgeführt worden. Gewählt wurde zum Bürgermeister mit 371 Stimmen der Ratsherr Raiser.

Der Bürgerauschuss in Heidelberg hieß die Umgestaltung der Wasseranlagen am Neckar unterhalb der neuen Brücke ohne Debatte auf; es sind dafür 220 000 Goldmark aus unversetzten Mitteln bereit gestellt worden. Besonders ausführlich war die Debatte über die Herstellung von Höhenwegen am Dang des Heiligenberges und des Gaisberges. Diese Arbeiten sollten im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden. Infolge des lebhaften Widerspruchs gegen das Projekt am Heiligenberg wurde die Vorlage dahin abgeändert, daß die Höhenstraße am Heiligenberg nicht ausgebaut werden soll. Im übrigen jedoch wurde der für diese Vorlage angeforderte Betrag von 250 000 Goldmark bewilligt. Man will für den durch die Änderung entfallenden Rest des Geldes andere Arbeiten finanzieren.

Der Bau der Heidelberger Schwimmanstaltion konnte noch im alten Jahre zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Die Anlage ist in Betrieb genommen. Am Freitag wurde die Feinausbaumaschine, die alle feinsten Stoffe bis zu einem Durchmesser von einemhalb Millimeter herunter aus den Abwässern abfängt, zum ersten Male probeweise in Betrieb gesetzt. Damit ist der Zeitpunkt gekommen, die Abwasseranlagen an den Schwimmanstaltion anzuschließen.

Freiburgs Erneuerung. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Der Verkehrsverein von Freiburg i. Br. lud kürzlich die Bürger und Behörden zu einer Versammlung ein. In überzeugender Weise schilderten der Vorsitzende und der Verkehrsleiter, daß nur eine Umstellung auf einen breiten Straßenbetrieb das störende Leben der Stadt wieder entfernen könne. Zunächst soll in Verbindung mit diesen Plänen ein Umbau des verlassenen Colombischhofens in der Nähe des Hofes inmitten von Neubauten erfolgen und zwar soll dies zu einem Kurhaus umgestaltet werden. Sommerkonzerte im Freien, Anpassung der Spielzeit des Theaters an den Kurbetrieb und eine Freilichtbühne sollen zur Unterhaltung der Kurgäste beitragen. Bieranlagen und vornehme Läden an die Kurkafeteria sollen das Straßenbild verschönern. Ein weiterer Höhenwert mit Aussichtswegen, Geländeturme auf den schattigen Waldwegen und Anstrengung guter Verbindungen mit den Quellen Krozingens sowie Trauenerlösen sollen das übrige dazu beitragen. In der wunderbaren Umgebung Freiburgs gefellen sich in etwas weiterer Ferne der Zillsee und Schuchsee, Hintergarten, St. Bazien, Götterwald, Bernau und Todtmoos. Dann kommt der Heidenberg und Weiden, das düstere Schuchthal und der Kaiserstuhl mit seinen herrlichen Naturgenüssen. Angesichts des geschlossenen Willens kann wohl kaum an der Durchführung dieses Planes gezweifelt werden.

Der Kurbetrieb in Wadshuter. Bekanntlich wird an Stelle der jetzigen Kurverwaltung eine Genossenschaft der Gemeinden Wadshuter, Oberweiler und Rippur, die Leitung des Kurbetriebes übernehmen. Diese Genossenschaft ist nunmehr endgültig gegründet worden und zwar gehören ihr schon 80 Mitglieder an. Man rechnet noch auf weitere 20 Mitglieder. Der Geschäftsanteil beträgt 300 Goldmark. Als geschäftsführende Vorstandsmitglieder wurden die Herren Hotelbesitzer L. Jener, prakt. Arzt und Gemeindevater Dr. Besold und Pensioninhaber P. Koff bezeichnet. Dem Oberamtmann Fepp wurde in der Gründungsversammlung für seine unermüdeten Bemühungen Dank ausgesprochen.

Natürlich sind diese „Phänomene“ als Bewußtseinshalte selbst wirklich, aber sie sind nicht das, was in der ungeklärtesten Wahrnehmung gemeint ist, vielmehr zielt diese auf die realen Dinge selbst.

Dadurch, daß er diese letztere Unterscheidung, grundsätzlich durchführt, hebt sich der kritische Realismus des wissenschaftlich-philosophischen Denkens von dem naiven Realismus des vorwissenschaftlichen Denkens und des praktischen Lebens und Sandelns ab.

Aber noch ein weiteres Merkmal scheidet diese beiden Entwicklungsstufen des Realismus: die nicht-natürliche Überzeugung, auch das Seelenleben der Mitmenschen so unmittelbar wahrnehmen zu können wie die körperlichen Dinge selbst, wird durch das kritische Nachdenken aufgehoben oder zum mindesten erschüttert. Wenigstens ist es die in der wissenschaftlichen Psychologie herrschende Ansicht, daß wir Seelisches nur in uns selbst unmittelbar wahrnehmen, daß wir dagegen das Fremde-Seelische nicht direkt in der Wahrnehmung erfassen, sondern daß wir es auf Grund sinnlicher Wahrnehmung von Worten, Mienen, Gesten, Bewegungen undhaltungen intuitiv und mit größter Wahrscheinlichkeit assoziativ hinzusetzen, welche „Einführung“, erkenntnistheoretisch betrachtet, nicht mehr als die Geltung einer — vielleicht sehr wahrscheinlichen — Hypothese hat.

Aber wie deutlich sich auch der kritische Realismus von dem naiven abhebt, gemeinsam bleibt ihnen doch die Überzeugung, daß wir imstande sind, „Realitäten“, d. h. unabhängig von uns existierendes Wirkliches zu erkennen, und zwar nicht bloß in seinem Dasein, sondern auch in seiner Beschaffenheit.

Auch bleibt es eine für alle erkenntnistheoretische Bestimmung beachtenswerte Tatsache, daß wir — auch wenn uns die Reflexion vom naiven zum kritischen Realismus (ja noch über diesen hinaus) geführt hat, wir im praktischen Leben, ja zu meist auch in den Einzelwissenschaften ruhig fortfahren, uns als naive Realisten zu verhalten. Das muß die Überzeugung verstärken, daß dem naiven Realismus ein sehr erheblicher Wahrheitsgehalt innewohnt.

Literarische Neuerscheinungen

Rudolf de Saas: Der jüngste Reiter. (Verlag Ullstein, Berlin.) — Auch in diesem Werke von Rudolf de Saas findet sich das, was allen Büchern dieses Autors das besondere Gepräge gibt: die Frische und Schärfe des eigenen Erlebnisses. Deshalb ist sein Autor wie Rudolf de Saas berufen, für junge und begeisterungsfähige Menschen zu erzählen. Rudolf de Saas' Bücher sind nicht am Schreibtisch entstanden, sie sind einst draußen in Steppen und Wäldern erlebt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Die sparsame Post. Eine Verfügung für den Post- und Telegraphenbetrieb ordnet erneut äußerste Sparsamkeit im Betriebe an. Aus den allgemeinen Richtlinien dürfte die Anweisung interessieren, daß die allgemeine Lieferung von Seife an das Personal einzustellen ist. Seife dürfte zum Dienstgebrauch nur noch beschafft werden, wo zwingende dienstliche und gesundheitliche Gründe (z. B. feine Arbeiten, Verührung mit ansteckenden, giftigen oder gesundheitsschädlichen Gegenständen, Untersuchungen usw.) die Lieferung erfordern. Das Bedürfnis ist in jedem besonderen Falle zu prüfen und von der Oberpostdirektion gutzuheißen. — Über die kleinen Schreibmittel heißt es, daß an den einzelnen Beamten jährlich im Höchstfalle abgegeben werden dürfen: 25 Stabfedern, 3 Bleistifte, ein Federhalter, je ein Fintens-, Rot- und Blau-Rift, soweit solche Stifte dienstlich gebraucht werden.

Die Post und werbeständige Zahlungsmittel. Die über einen Nennwert von 2 M. (5 Dollar) hinausgehenden Stücke der werbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches, alle Dollar-Schahamweisungen, die auslegbaren Schahamweisungen des Deutschen Reiches von 1923 und die sechsprozentigen auf Gold lautenden Schahamweisungen, rückföhrbar am 1. Dezember 1923, werden nicht als Zahlungsmittel angenommen. Zur Unterscheidung wird darauf hingewiesen: Die Dollar-Schahamweisungen lauten lediglich auf Dollar, während die Stücke (Schahamweisungen) der werbeständigen Anleihe (Goldanleihe) auf Mark-Gold ausgestellt sind und nur daneben noch den Betrag in Dollar angeben. Ferner betragen die Goldanleihestücke den Nennwert „ausgefertigt auf Grund der Gesetze vom 14. August 1923 (Reichsgesetzblatt II S. 320, I S. 777)“, die Dollar-Schahamweisungen enthalten dagegen die Angabe „Gesetz vom 2. März 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 155)“. Der Umstand, daß Dollar-Schahamweisungen und die übrigen genannten Papiere nicht an Zahlungsmittel angenommen werden dürfen, hindert selbstverständlich nicht, daß sie als Sicherheit für Leistungen und Lieferungen an die Reichspost- und Telegraphenverwaltung angenommen sind.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 86 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums: Verwaltungsgebühren; zum Vollzug des Hinterlegungs-gesetzes; des Justizministeriums: zur Ausführung des Hinterlegungs-gesetzes.

DZ. Vörsach, 2. Kon. Der Stadtrat hat sich gegen die Anlegung des Unterrichtsmuseum ausgedröckt, Gymnasium und Realschule zu einem Realgymnasium zusammenzulegen. Er hat sich vielmehr für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ausgesprochen, die Arbeitsstätte des Besetzten derartige Bildungsanstalt zwischen Konstanz und Freiburg sei. Der Stadtrat macht dafür Vorschläge für Zusammenlegung von Klassen und Erhöhung der Stundendeputate.

Handel und Wirtschaft

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 27. Dezember berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts zeigt gegenüber dem Stand vom 18. Dezember (124,5) einen Rückgang von 3,5 Prozent auf 120, der namentlich durch die Senkung der Getreidepreise und die Gerabstegung der Kohlenpreise herbeigeföhrt w. d.

Berliner Devisennotierungen
in Millionen Mark.

	3. Januar		2. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 596 000	1 604 000	1 615 950	1 624 050
Kopenhagen	747 128	750 872	746 130	748 870
Italien	183 540	184 460	184 538	185 462
London	18 054 750	18 145 250	18 154 500	18 245 500
Newyork	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Paris	215 937	218 43	216 438	217 562
Schweiz	746 130	741 850	740 145	743 855
Brag	124 188	124 812	123 191	123 809
Wien	59 431	59 749	59 850	60 150

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Karlsruher Börse (2. Januar 1924). Abteilung: Getreide und Mehl: Das Geschäft ist still. Abchlüsse erfolgen bei der immer mehr in Erscheinung tretenden Geldknappheit nur selten. Man hörte folgende Preise: Weizen 21—22, Roggen 18 bis 18½, Gerste 18—19, Hafer 1—1½, Weizenmehl, Basis 0 Mehlenforderung 29½—29¾, Roggenmehl, Mehlenforderung 24¼—25½, Kleie, je nach Fabrikat, 8—9, Mais, ganz 18, Futtermehl, je nach Fabrikat 11—13 Goldmark, alles per 100 kg. Mehl- und Mehlenforderung mit Getreide ohne Sachfrachtpartial Karlsruhe. Abteilung: Weine und Spirituosen. Bei verhältnismäßig schwachem Besuch wenig Kauflust. Die Angebote bewegten sich ungefähr auf der bisherigen Linie. In Weinen macht sich in letzter Zeit hartes Angebot in elfassigen Erzeugnissen mit wenig Alkohol bemerkbar, wodurch die Preise gedrückt werden. Abteilung: Rohstoffe. Tee, gut 2 6/8 8,80, Tee, mittel 4—4,90, Tee, fein 5—6 Goldmark per ¼ kg verzollt. Kaffee, Preise ziemlich unverändert. Burma-Rohs 0,40, Erbsen 0,50, Erbsen, gepulvert 0,60, ungar. Weizenrogner 0,80, Rinsen, mittel 0,90, Schweinefett 1,75, Salatsöl 1,30 Goldmark, alles per Kilo.

Der deutsche Zahlungsmittelumlauf. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „N. Ztg.“ teilte der Reichsfinanzminister Dr. Luther über unseren gegenwärtigen Zahlungsmittelumlauf mit, daß er, auf Goldmark zurückgeföhrt, wie folgt zu schätzen sei: Rentenmarktscheine 1,00 Millionen Goldmark, Reichsbanknoten 400 Millionen Goldmark, kleinere Goldbankleisestücke 300 Millionen Goldmark, verschiedenes Notgeld 500 Millionen Goldmark, zusammen 2,200 Millionen Goldmark. Demgegenüber machte der gesamte deutsche Zahlungsmittel umlauf im Jahre 1913 5,65 Milliarden Mark aus. Es ist nach diesem Vergleich keineswegs von einer Überfüllung des Verkehrs mit Zahlungsmitteln zu sprechen.

Oberbadische Metall- und Bergbau-Aktiengesellschaft, Sitz Freiburg i. B. Die am 29. Dezember 1923 beim Amtsgericht Freiburg i. B. eingetragene Gesellschaft bildet eine Interessengemeinschaft der nachbezeichneten im Schwarzwälder Erzbergbau und Mineralgrubenbetriebe tätigen Unternehmen: Gewerkschaft Glöckel-Schwarzwald Badenweiler — Köln — Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Müllbetrieb Berlin — Grafit-Gesellschaft m. b. H. Köln — Wiesentaler Bergbau Aktiengesellschaft Saganau — Metallhütte Dr. Dannenberg & Co. Karlsruhe und Eisengroßhandlung Rosenfeld & Co., Karlsruhe. Zweck des Unternehmens ist der weitere Aufschluß von Erzlagerstätten und Mineralgruben im badischen Schwarzwald, Aufbereitung von Verhüttung der gewonnenen Erze, Errichtung einer Verlaufs- und Einkaufs-Zentrale in Freiburg i. B. für den Bedarf der angeschlossenen oberbadischen Bergbauunternehmen. Dem Aufsichtsrat gehören an: Bankier Louis Michels Berlin, Hüttenchemiker Dr. Carl Dannenberg, Karlsruhe, Kaufmann Carl Rosenfeld, Karlsruhe, Generaldirektor Nikolaus Meurer, Berlin, Major a. D. Helmuth Fischer, Ber-

lin, Rechtsanwalt Dr. Jakob Marx, Oberlandesgericht Karlsruhe, Herr Dr. August Boeller, Freiburg, ist Vorsitzender der Aufsichtsrates. Das Zentralbüro befindet sich in Freiburg i. B., Günterstalstraße 32.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Handel mit Butter und Käse.
An die Bezirksämter.

Die Klagen, daß die Landwirte durch das Aufkäuferwesen in großem Umfange zum Verbuttern der Milch verleitet werden, wollen nicht verstummen. Es wird in Erinnerung gebracht, daß zum Anlauf von Butter in eigener Person und unmittelbar beim Landwirt eine besondere Erlaubnis des Bezirksamts, in dessen Bezirk der Anlauf erfolgen soll, notwendig ist. Verordnung vom 8. Februar 1923/12. Juli 1923) Handel mit Butter und Käse (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 27/171) und Rundschreiben vom 8. Februar 1923 Nr. 5026 gleichen Betreffs.) Der offenbar in großem Umfang erfolgende wilde Anlauf von Butter und Käse ist mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Karlsruhe, den 2. Januar 1924.
Der Minister des Innern.
J. B. Veers.

Bekanntmachung.

Gründung des Badischen Gemeindeversicherungsverbandes.
An die Landeskommissäre und die Bezirksämter:
Die Gemeinden Aßern, Baden-Baden, Breisach, Bretten, Bruchsal, Durlach, Eberbach, Emmendingen, Eppingen, Ettlingen, Freiburg, Furzwangen, Gaggenau, Geigenbach, Haslach i. R., Heidelberg, Herbolzheim, Hohenheim, Karlsruhe, Kehl, Lahr, Lörrach, Mannheim, Mosbach, Neudargmund, Forzheim, Nollhofen, Raftatt, Sagen a. S., St. Georgen i. Sch., Staufen, Überlingen, Waldorf, Weinheim, Wiesloch, Zell i. B. sind zu einem Zweckverband zur Pflege der den Bedürfnissen der Mitglieder dienenden Versicherungszweige zusammengetreten. Die Satzung dieses Zweckverbandes ist gemäß § 6 Abs. 3 G. O. von mir genehmigt worden. In der Satzung ist bestimmt, daß weitere badische Gemeinden die Mitgliedschaft im Verband durch Annahme dieser Satzung gemäß § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung und schriftliche Beitrittserklärung erwerben können. Der Beitritt bedarf grundsätzlich der staatlichen Genehmigung, ist jedoch für Städte, Große Gemeinden und kleinere Stadtgemeinden allgemein erteilt. In diesen Fällen bedarf es daher eines besonderen Beschlusses nicht mehr.

Karlsruhe, den 2. Januar 1924.
Der Minister des Innern.
J. B. Veers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Wachmeister Wilhelm Schierer in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister.
Zurückgesetzt:
Muskelführer Julius Klump und Oberpfleger Julius Wösch an der Heil- und Pflegeanstalt Jüdenau wegen vorgerückten Alters.

Karlsruher Bankenvereinigung

Von Samstag, den 5. ds. Mts. an sind die Geschäftsräume der Mitglieder der Karlsruher Bankenvereinigung an Samstagen wieder vormittags bis 12 Uhr geöffnet.

KAFFEE ODEON

Donnerstag, den 3. Januar 1924, abends 9½ Uhr
Großes Sonder-Konzert
Leitung:
Herr Kapellmeister E. Wilcken
Zur Kenntnis!
Auf die vor einigen Tagen in der Zeitung bekanntgegebene Verlobung von Fr. Tilly Borchers sind mir verschiedentlich Glückwünsche und Anfragen zugegangen, die mir zu der Feststellung Veranlassung geben, daß die Verlobte weder meine Tochter ist, noch in irgendwelchen verwandtschaftlichen Beziehungen zu meiner Familie steht.
Kaffee und Konditorei „Odeon“
Hermann Borchers.

Bad. Landestheater
Donnerstag, 3. Januar 9½, b. n. 10 Uhr
Sp. I 5,40, Abon. E 10 ThGem. BVB Nr. 1901/2200
Palestrina.

Bad. Landestheater
Freitag, 4. Januar 7 b. 9½ Uhr. Sp. I 5,40.
Abon. G 9 ThGem. BVB Nr. 1—300 u. 501/700.
Der Troubadour.

Brauereigesellschaft vorm. G. Moninger u. G. Karlsruhe i. B.
Bilanz per 30. September 1923.

Bermögen.	A	P	A	P
Aktienkapital-Konto (nicht einbez. Aktienkapital)			3037500	
Immobilien-Konto			3033007	
Maschinen-Konto			180000	
Mobilien-Konto			40000	
Festlage-Konto			100000	
Fuhrpark-Konto			250000	
Elektr. Beleuchtungsanlage-Konto			1	
Eisenbahnvagonen-Konto			1	
Kassa-Konto			174160258127	
Effekten-Konto			75020	
Debitoren-Konto			1240465624372	
Korrate-Konto			370503232251	
			1785135740280	
Verbindlichkeiten.				
Aktienkapital-Konto			12500000	
Hypotheken-Konto			2359666	66
4½% Obligationen-Konto			174500	
4½% Obligationen-Konto			327000	
Reservefonds-Konto			1477500	
Spezial- u. Dividenden-Reservefonds-Konto			400000	
Delkreder-Konto			169735	22
Dividenden-Konto			262956	
Kupon-Konto			286225	
Kreditoren-Konto			1037993003166	51
Union-Obligationen-Konto			123034	
Gewinn- und Verlust-Konto			747124314093	36
			1785135740280	

Gewinn- und Verlust-Konto per 30. Sept. 1923.

Soll.	A	P	A	P
Umschreibungen:				
Immobilien-Konto	3053098			
Maschinen-Konto	90000			
Festlage-Konto	2002			
Elektr. Beleuchtungsanlage-Konto	20000		3165040	
Reingewinn			747124314093	36
			747124749133	36
Gaben:				
Gewinn-Vortrag			387612	40
Betriebsüberschuh			747127091520	96
			747127479133	36

Laut Beschluß der heute stattgehabten Generalversammlung wird der Dividendenchein Nr. 34 der Aktien unserer Gesellschaft Nr. 1—3 000 und Nr. 3701—8450 mit einer Goldmark bei der Gesellschaftskasse, oder bei den hiesigen Banhäusern Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe, Strauß & Co., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, & C. L. Homburger von heute an eingelöst.
Karlsruhe, den 29. Dezember 1923.
Der Vorstand.
R. 994

Zu vermieten

als Ganzes oder in einzelnen Teilen ist die große Halle des Orangeriegebäudes, Hans-Thomastraße Nr. 6 hier; für Ausstellungs- und dergleichen Zwecke geeignet. Elektrisches Licht und Zentralheizung werden vom staatlichen Werk gegen die üblichen Gebühren geliefert. Mietangebote mit näherer Angabe des Verwendungszweckes sind alsbald einzureichen.
Der Finanzminister.

Hoher Verdienst zugesichert **Neuheit zu vergeben!** Konkurrenzlose Neuheit
Alleinvertreter für Baden
auf konkurrenzlosen elektrotechnischen Artikel
gesucht.
Offerten an Fa. Mühlfeld & Born, Offenbach a. M., Bettinastraße Nr. 66 erbeten. R. 995

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie

- Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Romberg
 - Bd. I: Lehre vom Geld, I.
 - Bd. II: Der Arbeitslohn
 - Bd. III: Von der Grundrente
 - Bd. IV: Wert u. Preis I.
 - Bd. V: Wert u. Preis, II.
 - Bd. VI: Bevölkerungslehre
 - Bd. VII: Wirtschaftskrisen
 - Bd. VIII: Kapitalismus und Unternehmensgewinn
 - Bd. IX: Freihandel und Schutzzoll
 - Bd. X: Lehre vom Geld, II.
 - Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
 - Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung
 - Bd. XIV: Sozialpolitik
 - Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus
 - Bd. XVI: Staatsfinanzenproblem
- Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstr. 14